

# Richter Lorenz kritisiert Kinderschützer

FAZ, 18.6.97

Mainz: Freispruch für alle elf Angeklagten im letzten Verfahren um angeblichen Kindesmißbrauch / „Nie geschehen“ / Von Eckhart Kauntz

MAINZ, 17. Juni. Mit Freisprüchen für alle elf Angeklagten ist in Mainz am Dienstag auch das dritte und letzte Verfahren im bisher umfangreichsten Kindesmißbrauchs-Prozeß Deutschlands zu Ende gegangen. Der Vorsitzende Richter Lorenz sagte zu Beginn seiner mehr als sechs Stunden dauernden Urteilsbegründung, den - ursprünglich 25 Mitgliedern aus drei Wormser Familienverbänden angelasteten - „Massenmißbrauch“ an insgesamt sechzehn eigenen Kindern, Nichten und Neffen sowie an fremden Kindern habe es „nie gegeben“. Zwar sei es „grundsätzlich nicht auszuschließen“, daß einige Kinder Opfer eines sexuellen Mißbrauchs geworden seien, doch habe die Kammer des Landgerichtes in allen elf Fällen einen Freispruch aus tatsächlichen Gründen gefällt. War angeklagt worden sei, habe „nie geschehen können“. Deshalb ruhe der nach 131 Verhandlungstagen, nach der Vernehmung von fünf Glaubwürdigkeitsgutachtern gefällte Freispruch nur „zu seinem geringsten Teil“ auf einem Mangel an Beweisen. Die freigesprochenen Beschuldigten, die auf das Urteil teils mit Tränen der Erleichterung reagierten, sollen für die erlittene Untersuchungshaft entschädigt werden.

Nach Auffassung des Gerichtes hat sich die Unschuldsumutung gegenüber den angeklagten Männern und Frauen erst im Laufe des Verfahrens erhärtet. Die zunächst auf „Ermittlungen“ der - inzwischen von ihrem Arbeitgeber gekündigten - Mitarbeiterin P. von einem Wormser Kinderschutzbund und auf „Erkenntnisse“ eines Wormser Kinderarztes zurückgehende Anklage habe auf einem grundsätzlichen Fehler beruht. Sie habe sich auf die Addition

der Angaben von Kindern ohne Berücksichtigung der Aussageentwicklung gestützt und nicht die Frage nach der „Fremdeinwirkung“ auf die Aussagen der kindlichen Zeugen gestellt. Die Staatsanwaltschaft sei von falschen Voraussetzungen und Annahmen ausgegangen. „Der Mißbrauch der Kinder wurde schon als erwiesen vorausgesetzt.“

Am Beispiel des angeblichen Massenmißbrauchs in der Wormser Gaststätte „Steven's Corner“ machte Lorenz diesen Umstand deutlich. Siebenmal habe die dort angeblich von ganzen Tätergruppen mißbrauchte Lea K. zunächst gesagt, sie kenne die Gaststätte nicht. Keines der anderen dort angeblich vergewaltigten Kinder habe die Gaststätte „spontan wiedererkannt“. Mittels einer „Lüge“ von Frau P. und gestützt auf eine Bemerkung von Lea, wonach ihr ein auf einem Bild dargestelltes Schiff bekannt sei, habe man schließlich den Vorwurf konstruiert, hier sei es zu den Taten gekommen. Der in einem der vorliegenden Verfahren schon freigesprochene Wirt hätte mehr als zwei Jahre in Untersuchungshaft verbracht. Die Räume seien für

eine gleichzeitig von mehreren Personen begangene Vergewaltigung nicht geeignet gewesen, zum fraglichen Zeitpunkt seien in dem Lokal etwa zwanzig weitere Gäste gewesen, und einige der angeblich mißbrauchten Kinder hätten zum angeblichen Tatzeitpunkt gar nicht gemeinsam in der Gaststätte sein können, sagte Lorenz. Weder diese Umstände noch die Tatsache, daß die angeblich dort angefertigten Videoaufnahmen nicht gefunden worden seien, hätten die Anklage wankend gemacht.

Erwiesenermaßen seien die angeblich gemeinschaftlich handelnden Angeklagten untereinander verfeindet gewesen. Wie aber, so fragte Lorenz, sei es vorstellbar, daß die Beschuldigten gleichwohl gemeinschaftlich ein Verbrechen begehen könnten? Das Gericht sei zu dem Schluß gekommen, daß weder „Steven's Corner“ noch die Wohnung eines Angeklagten Ort des Verbrechens habe sein können.

Der Richter Lorenz setzte sich in seiner Urteilsbegründung mit der Rolle der Kinderschutzbünde auseinander. Sie sollten sich auf ihre Rolle als „verdienstvolle Einrichtungen bei therapeutischen Behandlungen“

beschränken, nicht aber die Aufklärung von Straftaten betreiben. Sonst könnten sie, wie sich aus dem Schicksal der betroffenen, teils jahrelang und bis heute von ihren Eltern getrennten Kindern ergebe, zur Zerstörung kindlicher Existenzen beitragen. Die Kinder in diesem Fall seien weniger Opfer sexuellen Mißbrauchs als Opfer des Ermittlungs- und Gerichtsverfahrens, sie seien „Opfer derjenigen, die alles gut gemeint, aber schlecht gemacht haben“. Es entstehe die Gefahr, daß die Kinderschützer angesichts der leichten Beeinflussbarkeit kindlicher Zeugen die Aufklärungsarbeit der Justiz behinderten und statt der Kinder die Täter schützten. Die „ideologische und feministische Ausrichtung“ mancher Kinderschutzbünde in Großstädten lasse erwarten, daß „wir noch andere Verfahren dieser Art haben werden“, sagte Lorenz. Die Verantwortung dafür, daß in diesem wie in den beiden vorangegangenen Verfahren bei den Ermittlungen zunächst vieles schiefgelaufen sei, liege jedoch bei der Justiz.

Nach Auffassung des Gerichtes hat sich die erstmals bei diesen Verfahren angewandte schonende Vernehmung der kindlichen Zeugen in einem Nebenraum und die Übertragung der Vernehmung mittels Videofilm in den Gerichtssaal als richtig erwiesen. Trotz einzelner Kritik „haben wir hier eine Tür aufgestoßen“, sagte Lorenz. Dies zeigten positive Reaktionen der Justiz aus anderen Bundesländern. Von den insgesamt 25 Beschuldigten ist eine ältere Frau in der Untersuchungshaft gestorben. Zwei Freisprüche sind rechtskräftig. In elf Fällen hat die Staatsanwaltschaft schon Revision beantragt. Gegen die am Dienstag gefällten weiteren elf Urteile will sie ebenfalls Revision einlegen.